



**Eine Welt Netzwerk
Hamburg e.V.**
Große Bergstraße 255
22767 Hamburg
Tel 040 / 358 93 86
Fax 040 / 358 93 88
info@ewnw.de
www.ewnw.de

**Entwicklungspolitischer Wahlcheck 2011
des Eine Welt Netzwerks Hamburg e.V.**
vor der Bürgerschaftswahl am 20. Februar 2011

**Die Antworten der SPD-Kandidatin Anja Domres
Wahlkreis Eppendorf-Winterhude**

Bankverbindung
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto 1241 122 330

1. Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe mit einer sinnvollen Gesamtstrategie

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg sieht Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Sie betrifft alle Fragen, die sich mit der globalen Verflechtung unserer Lebensbereiche stellen, und reicht von der Bildungs-, Wirtschafts-, Kultur- und Umweltpolitik in Hamburg über die Auseinandersetzung mit Rassismus bis hin zur direkten Entwicklungszusammenarbeit mit PartnerInnen in Ländern des Südens und Nordens.

Oft macht leider die eine Hand genau das, was die andere zu verhindern sucht. Stichwort Klimawandel: Plastisches Beispiel ist hier das geplante Kohlekraftwerk Moorburg, das Unmengen an CO₂ ausstoßen wird, während an anderer Stelle versucht wird, diese Emissionen einzudämmen. Bislang findet keine regelmäßige Berichterstattung und keine Debatte über die entwicklungspolitischen Auswirkungen der verschiedenen Felder der Senatspolitik statt. Außerdem fehlt eine Diskussion über die entwicklungspolitische Gesamtstrategie des Senats. Wir halten dies aber für eine Selbstverständlichkeit, schon allein um Transparenz zu erzeugen und Ansätze für ein kohärentes Vorgehen zu schaffen.

Setzen Sie sich dafür ein, dass Hamburgs Entwicklungspolitik kohärenter wird und dass der Senat seine Aktivitäten einem regelmäßigen, entwicklungspolitischen Monitoring unterzieht?

X Ja → *Wie?*

Ziele, Methoden und Ansätze der Hamburger Entwicklungspolitik müssen benannt und zusammengeführt werden. Es müssen Leitlinien für die Entwicklungspolitik formuliert werden und ein jährlicher Bericht über die entwicklungspolitisch relevanten Fragen erstellt werden.

Nein → Warum?

2. Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik

Seit vielen Jahren fordert das Eine Welt Netzwerk Hamburg einen entwicklungspolitischen

Beirat, der konkrete Leitlinien für die Hamburger Entwicklungspolitik formuliert und weit reichende Kompetenzen hat.

Immerhin: Im Juni 2010 hat der neu gegründete Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik seine Arbeit aufgenommen. Bedauerlicherweise hat er aber ein sehr eingeschränktes Mandat. Vorgesehen ist lediglich, dass das ehrenamtlich arbeitende Gremium auf Senatsanfragen reagiert und Stellungnahmen - oder gar Gutachten - zu deren Anliegen erstellt. Eine Eigeninitiative der Experten und Expertinnen ist nicht vorgesehen. Zudem ist der Rat an die Legislaturperiode gekoppelt und seine Zukunft somit ungewiss. Wir halten eine kontinuierliche Arbeit des Rates über eine Legislaturperiode hinaus für sinnvoll und effektiv.

Setzen Sie sich für einen entwicklungspolitischen Rat ein?

X Ja → *Wie? In welcher Form (z. B. mit welchem Mandat und mit welcher Dauer) soll der Rat arbeiten?*

Aufgabe des Beirats kann es nicht allein sein, zu Einzelfragen Bitten des Senats um Beratung nachzukommen. Anspruch an den Beirat muss sein,

dass dieser aus eigener Initiative Themenfelder, Sachverhalte und Probleme aufgreift und Empfehlungen formuliert. Eine kontinuierliche Arbeit des Rates über eine Legislaturperiode hinaus halte ich ebenfalls für sinnvoll, da nur so langfristige und nachhaltige Vorhaben bewegt werden können.

Nein → Warum?

3. Finanzierung Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Auch wenn wir Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe sehen und finden, dass fast alle Aktivitäten der Politik und Verwaltung entwicklungspolitische Auswirkungen haben, so interessiert uns doch ganz besonders der Bereich Internationales.

Seit 2008 sind die Haushaltsansätze in den schon vorher gering ausgestatteten Bereichen Städtepartnerschaften, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit insgesamt um 85.000 Euro gekürzt worden. Zudem wurde die institutionelle Förderung von entwicklungspolitischen Vereinen vor längerer Zeit gestrichen. Diese finanzielle und personelle Ausstattung der genannten Haushaltstitel ist einer modernen und weltoffenen Hafenmetropole unwürdig. Auch im vorliegenden Haushaltsentwurf 2011/2012 sind die Ansätze reduziert worden.

Werden Sie diese Titel aufstocken?

X Ja → Warum?

In der Entwicklungszusammenarbeit kommt es besonders auf die Tragfähigkeit und Qualität der Projekte an. Hierfür bedarf es der entsprechenden Mittel. Der CDU-Senat hat die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit gekürzt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Mittel Entwicklungszusammenarbeit aufstocken, können aber jetzt noch nicht sagen, in welcher Höhe dies konkret möglich ist.

Nein → Warum?

Setzen Sie sich für eine institutionelle Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen der entwicklungspolitischen Arbeit in Hamburg ein?

X Ja → Warum?

Wir werden prüfen, inwieweit wieder zu einer auch institutionellen Förderung zurückgekehrt werden soll.

Nein → Warum?

4

4. Rolle der Zivilgesellschaft

Die meisten der entwicklungspolitischen Aktivitäten, die von Hamburg ausgehen, werden von Auch viele MigrantInnen in Hamburg engagieren sich in Initiativen und gründen eigene Vereine, die migrations- und entwicklungspolitische Themen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Leider bleibt deren Arbeit oft unsichtbar und sie haben mit verschiedenen Benachteiligungen zu kämpfen, etwa beim Zugang zu öffentlichen Geldern.

Wie stellen Sie sich angesichts der Haushaltskürzungen die Unterstützung neuer entwicklungspolitischer Initiativen und speziell von MigrantInnen- Organisationen vor, von denen viele zu den Mitgliedern des Eine Welt Netzwerks Hamburg zählen?



s. auch Antworten zu den Fragen 3 + 4

5. Globales Lernen / Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich verpflichtet, die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Nachfrage, etwa von Schulen, nach innovativen Projekten zum Globalen Lernen wächst – auch in Hamburg. Leider sind viele Vereine, die Projekte zum Globalen Lernen anbieten, gar nicht in der Lage, den vielen Anfragen gerecht zu werden. So genießt beispielsweise die EWNW-Mitgliedsgruppe open school 21 bundesweit hohe Anerkennung für ihre Projekte und Methoden. Sie bietet gemeinsam mit anderen Akteuren, wie zum Beispiel der Kinderkulturkarawane, den peace brigades international oder der Bramfelder Laterne, das Potential ein Zentrum für Globales Lernen in Hamburg zu werden. Dafür mangelt es allerdings sowohl an den dafür notwendigen Ressourcen als auch an der politischen Unterstützung.

Es fehlt an einer Grundförderung, die es ermöglicht, langfristig zu arbeiten und auf den wachsenden Bedarf und die höheren Ansprüche an Qualität angemessen reagieren zu können.

Setzen Sie sich dafür ein, das Globale Lernen in Hamburg wirksam zu stärken?

***X Ja** → Welche Maßnahmen möchten Sie konkret ergreifen?*

Beispielsweise als Thema in den Schulen verankern, weitere Projektwochen, wie die Volkshochschule gerade durchgeführt hat, zu initiieren.

Nein → Warum?

6. Flüchtlinge

Im Rahmen seiner Verantwortung für eine zukunftsfähige globale Entwicklung und den Ausgleich von reichen und armen Ländern könnte Hamburg eine wichtige entwicklungspolitische Aufgabe darin sehen, Vertreibung, Fluchtursachen und Armut zu bekämpfen. Ein erster Schritt wäre, den Menschen aus Afghanistan, Serbien, Kosovo, dem Irak und anderen Ländern hier – in einer der reichsten Städte der Welt - Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

Dazu gehört auch, den vielen Tausenden Menschen, die in der Hansestadt seit vielen Jahren nur mit einer Duldung leben, eine Perspektive zu ermöglichen.

Werden Sie sich – vor Ort und auch auf Bundesebene - für eine ernst gemeinte Gleichberechtigung und für mehr Rechte und Lebensperspektiven für die Hamburger ohne Aufenthaltstitel einsetzen?



X Ja → Wie?

Ich finde insbesondere die gesundheitliche Versorgung und die Bildung von Menschen ohne Aufenthaltstitel wichtig. Hierzu hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion in der letzten Legislaturperiode einen Antrag eingebracht. Ebenfalls wurde in einem Antrag der SPD-Fraktion die Sicherstellung des Schulzuganges für alle Kinder und eine Korrektur der Nutzung des Schülerregister gefordert.

Nein → Warum?

7. Militarisierung

Wir meinen: Im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens sollte sich die Stadt verpflichten, die Produktion, den Handel oder den Transport von Waffen nicht mit Mitteln der Hamburger Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Hamburg sollte sich auf nationaler und europäischer Ebene für die Beschränkung von Rüstungsproduktion und - export einsetzen.

Welche konkreten Initiativen werden Sie ergreifen?

Ich sehe persönlich als Bürgerschaftsabgeordnete eher wenige Möglichkeiten dieses bundespolitische Thema bei einer schwarz-gelben Mehrheit auf Bundesebene bewegen zu können.

8. Postkolonialismus

Keine andere Stadt in Deutschland hat von der europäischen Kolonialexpansion so stark profitiert wie Hamburg als „Tor zur Welt“. Das „koloniale Erbe“ ist im Stadtbild nach wie vor präsent – und beeinflusst unser Denken und Handeln. Leider wird Hamburgs Kolonialvergangenheit bis heute vom „offiziellen“ Hamburg ignoriert, verklärt, und verdrängt. Und das, obwohl einige Initiativen seit vielen Jahren auf das Fehlen postkolonialer Erinnerungsorte hinweisen. Diese Ignoranz ist peinlich für eine Stadt, die Weltmetropole sein will und in der Menschen aus allen Kontinenten leben. Immerhin: Es gibt vereinzelte Ansätze in den Bezirken. In Wandsbek etwa wird diskutiert, ob Straßennamen, die nach Kolonialherren benannt sind, umbenannt werden. Dennoch fehlt ein Gesamtkonzept der HamburgerPolitik.

Werden Sie aktiv diese historische Verantwortung Hamburgs mit Leben füllen?

X Ja → Wie?

Ich werde diese interessante Idee in der nächsten Legislaturperiode sicherlich begleiten.

Nein → Warum?

9. Öffentlicher Einkauf der Stadt Hamburg

Wachstum über alles? Wir meinen: Nein. Bei Entscheidungen müssen die Auswirkungen auf ArbeiterInnen und Umwelt mitbedacht werden. Löhne unter dem Existenzminimum, Gewerkschaftsverbote und gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen: Das ist bei der Produktion von Computern, Blumen, Textilien, Lebensmitteln, Grab- und Straßensteinen leider oft traurige Realität. Immerhin: 2009 hat der Senat endlich die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen im Vergabegesetz verankert – allerdings nur bezogen auf einige wenige Produktgruppen wie etwa Bekleidung und Spielzeug. Computer, Telefone und Kopierer zum Beispiel stehen nicht auf der Liste. Zudem sind leider noch immer keine konkreten Auswirkungen des reformierten Vergabegesetzes zu spüren.

Werden Sie die Zentralen Beschaffungsstellen in den Hamburger Behörden dazu anhalten, das Gesetz anzuwenden und seine Wirksamkeit zu überprüfen?

X Ja → Wie?

Das Hamburgische Vergabegesetz bestimmt in § 3a, dass bei öffentlichen Auftragsvergaben die ILO-Kernarbeitsnormen beachtet werden müssen: „Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen ist darauf hinzuwirken, dass keine Waren Gegenstand der Leistung sind, die unter Missachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind“ (§ 3a (1)) In Ziffer 8 ist das Übereinkommen Nr. 182 genannt. Dies muss weiter konkretisiert werden.

Nein → Warum?

Wann und für welches Produkt erwarten Sie die erste Ausschreibung größeren Ausmaßes, bei dem soziale und ökologische Kriterien ausdrücklich Berücksichtigung finden?

10. Hamburger Entwicklungspolitik

Welche entwicklungspolitischen Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Die Erweiterung der ILO-Kernarbeitsnormen, die Unterstützung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus.